Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 12. Oktober 2025

A1: Für eine Nahostpolitik, die unserer historischen und völkerrechtlichen Verantwortung gerecht wird.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

*Antragsteller*in:* *Karl Koch*

Status: *Zurückgezogen*

Titel

Ändern in:
Herr:

Antragstext

Von Zeile 10 bis 16:

unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.~~“ Wie können den Völkermord, die Kriegsverbrechen und Vertreibungen insbesondere an Menschen, die sich dem Judentum zugehörig fühlen nicht ungeschehen machen. Wir verpflichten uns daher aber auf Dauer, einen Staat zu unterstützen und zu schützen, den diese gemeinschaftlich bilden.~~“ Daraus ergibt sich für Deutschland die Verantwortung und Verpflichtung uns dauerhaft Israel als Heimstätte des jüdischen Volkes zu unterstützen und zu schützen und das humanitäre Völkerrecht aktiv zu unterstützen und vor dem Hintergrund der dafür vorgesehenen rechtlichen Mitteln durchzusetzen. Jegliche antisemitische Handlungen, Vergehen und Verbrechen lehnen wir auf das Schärfste ab, sie müssen umgehend

Von Zeile 39 bis 50:

Überfall der Hamas vom 7. Oktober auf Israel, die Morde und Geiselnahmen sind eine weitere, schreckliche Zäsur in diesem langen Konflikt.~~ Die unmenschlichen Terroranschläge der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas sind damit nicht zu entschuldigen. Der Krieg Israels gegen die Hamas, der ihr die militärische~~

~~Handlungsmacht nehmen soll, stellt die IDF vor große Anforderungen in Bezug auf das Kriegsvölkerrecht. Es ist allerdings in den dicht besiedelten Gebieten von Gaza vermutlich unmöglich, die Hamas vollständig militärisch zu besiegen. Zunehmend, befeuert von Teilen der rechtsradikalen Regierung Israels, bekommt der Feldzug in Teilen genozidale Züge. Wir haben kein Vertrauen mehr in die aktuelle israelische Regierung, die einen eigenen Staat Palästina ablehnt und immer mehr auf eine Vertreibung aller dort lebenden palästinensischen Menschen abzielt, als dass sie an einem nachhaltigen Frieden mitwirken will.~~ Der Krieg Israels im Gazastreifen stellt die IDF vor große Anforderungen in Bezug auf das Kriegsvölkerrecht. Befeuert von Teilen der rechtsradikalen Regierung Israels, bekommt der Feldzug in Teilen genozidale Züge, nicht zuletzt durch die hohen Opferzahlen der palästinensischen Zivilbevölkerung. Der IGstH hat eine entsprechende Untersuchung eingeleitet. Wir haben kein Vertrauen mehr in die aktuelle israelische Regierung, die einen eigenen Staat Palästina ablehnt und immer mehr auf eine Vertreibung aller dort lebenden palästinensischen Menschen abzielt, als dass sie an einem nachhaltigen Frieden, basierend auf international ankernannten Rechtsnormen, allen voran das humantäre Völkerrecht , mitwirken will.

Von Zeile 52 bis 61:

~~Deutschland, seine Regierung, seine Menschen sind nun in der schwierigen Lage, dass große Teile der israelischen Regierung mittels eigenem Unrecht und Verbrechen in Reaktion auf die Angriffe vom 7. Oktober 2023 völlig überzogen reagieren, selbst gewalttätig werden und schweres Unrecht bis hin zu extremen Völkerrechtsverletzungen begehen. Das Selbstverteidigungsrecht findet seine Grenzen im Völkerrecht. Eine ggf. geplante vollständige Vernichtung der Hamasführung, falls dies überhaupt umsetzbar ist, muss in einem rationalen Verhältnis zu den dabei verursachten Folgen für die Zivilbevölkerung und der Infrastruktur von Gaza stehen.~~Das Selbstverteidigungsrecht findet seine Grenzen im Völkerrecht. D.h. die israelische Kriegsführung im Gazastreifen muss sich an das humanitäre Völkerrecht halten und somit im Verhältnis für die verursachten Folgen für die Zivilbevölkerung und der Infrastruktur des Gazastreifens stehen. Der Beginn von Friedensverhandlungen ist immer einer militärischen ‚Lösung' vorzuziehen. Rechtsradikale und extrem-religiöse

Von Zeile 72 bis 74 löschen:

~~Wer mit Unrechtstaten täglich neue Traumata schafft und Hass sät, dem wird es jedoch nie gelingen, den Terror dauerhaft zu beenden. Im Gegenteil: Jeder getötete Mensch schafft potentiell einen neuen Terroristen.~~

Von Zeile 115 bis 116 einfügen:

- den vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen und allen besetzten Gebieten,
sowie in Deutschland:
- Einen differenzierten Diskurs zum Israel-Palästina-Konflikt und Nahostkonflikt in Deutschland basierend auf internationalen Rechtsnormen zu unterstützen, indem entsprechende zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland gefördert werden
- ebenso muss die Wissenschaftsfreiheit zu diesem Thema mit entsprechenden Maßnahmen aktiv geschützt werden.
- Jeglicher Form von Antisemitismus, anti-muslimischen, anti-arabischen und anti-palästinensischen Rassismus ist entschlossen entgegen zu treten.

Von Zeile 162 bis 164:

Vermögenswerten.
- ~~Die verstärkte~~Neben dem Engagement für eine politische Lösung des Israel-Palästina-Konflikts und der Beendigung der israelischen Besatzung, eineverstärkte politische und finanzielle Unterstützung für die Zivilgesellschaft und Förderung von Bottom-up-Friedensbemühungen, wie

Von Zeile 166 bis 170 einfügen:

Zivilgesellschaft.
- Die aktive politische und finanzielle Unterstützung von israelischen und palästinensischen Menschenrechtsverteidiger*innen und entsprechenden Organisationen vor Ort und deren Schutz vor Kriminalisierung und Unterdrückung in Israel und Palästina. In diesem Zusammenhang die unabhängiger fachlicher Einschätzung entsprechender Personen und Organisationen zum Zwecke der finanziellen Förderung seitens des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Unbedenklichkeitserklärung). D.h. die Zurückweisung der politischen Einflussnahme seitens der israelischen, ferner der palästinensischen Regierung. .
- Die Stärkung der finanziellen und politischen Unterstützung der UNRWA. Dabei

Von Zeile 185 bis 193:

Alle geforderten Maßnahmen sollen an erster Stelle einen substantiellen Waffenstillstand ermöglichen~~, damit es zu keinen weiteren getöteten, verletzten und traumatisierten Menschen auf allen Seiten kommt. Die Zerstörung von Gaza, der Landraub im Westjordanland muss sofort beendet werden , der völkerrechtswidrige Siedlungsbau rückabgewickelt werden. Ebenso ist, unabhängig einer Rücknahme von Maßnahmen, die angemessene Versorgung der Bevölkerung in Gaza mit Lebensmitteln, Medizin und~~

~~angemessenen Unterkünften jetzt umgesetzt werden. Die Beendigung und/ oder Aussetzung dieser Maßnahmen soll von dem Beginn eines glaubhaften Friedensprozess abhängig gemacht werden.~~ – der Schutz der israelischen und palästinensischen Zivilbevölkerung muss an erster Stelle stehen. Die Zerstörung von Gaza, der Landraub im Westjordanland muss sofort beendet werden , der völkerrechtswidrige Siedlungsbau gestoppt werden und das daraus entstandene Unrecht im Kontext der Besatzung rechtlich aufgearbeitet werden . Die angemessene Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen mit Lebensmitteln, Medizin und angemessenen Unterkünften muss unverzüglichumgesetzt werden.

Von Zeile 198 bis 203 einfügen:

unabhängig von Fragen der Organisation eines palästinensischen Staates, lange brauchen wird, braucht einen Vertrauensvorschuss beider Bevölkerungen, damit sie Traumata und Leid bewältigen können. Die Unterstützung der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft bei der professionellen Traumabewältigung ist durch entsprechende finanzielle und personelle Unterstützungsprogramme zu fördern. Bewaffnete Aktionen beider Seiten sind in dieser Übergangszeit, die Generationen dauern wird, zu erwarten. Wir ermutigen alle Seiten, dies jeweils nicht zum Anlass zu nehmen einen Friedensprozess abzubrechen. Der Weg zum Frieden wird erstmal unüberwindbar erscheinen, er ist

Begründung

Änderungsvorschläge von Dorthe Siegmund, müssen teilweise abgestimmt werden, teilweise ist Übernahme möglich. Einige red. Ändeurngen sind auch noch dabei, die übernommen werden.